



LANDTAG
Rheinland-Pfalz

18/4971
VORLAGE

Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Vorsitzende des Ausschusses für Wissenschaft
Frau Marion Schneid, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

DER STAATSSSEKRETÄR

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-29 57
denis.alt@mwg.rlp.de
www.mwg.rlp.de

8. Dezember 2023

Mein Aktenzeichen
0102-0005#2023/0008-
1501 MB
Bitte immer angeben!

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail
Lucas Muth
lucas.muth@mwg.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-2871
06131 16-2997

21. Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft am 29.11.2023

TOP 1: Verhandlungen mit Islamverbänden vor dem Hintergrund des Hamas-Terrors, Vorlage 18/4709

hier: Übersendung des Sprechvermerks

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

wie in der Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft vom 29.11.2023 zugesagt, übermittele ich Ihnen als Anlage den Sprechvermerk zu o.g. Tagesordnungspunkt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Denis Alt

Sitzung Ausschuss für Wissenschaft am 29.11.2023
Antrag der Fraktion der AfD nach § 76 Abs. 2 GOLT „Verhandlungen mit Islamverbänden vor dem Hintergrund des Hamas-Terrors“

SPRECHVERMERK

Anrede,

wir befinden uns seit dem 7. Oktober auch hier in Rheinland-Pfalz in einer besonderen Lage. Jüdinnen und Juden fühlen sich auch hier nicht immer sicher. Diese Berichte unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger zu hören, erfüllt die Landesregierung, aber auch mich persönlich mit tiefer Betroffenheit. Die Landesregierung steht fest an der Seite der Jüdinnen und Juden weltweit und hier in Rheinland-Pfalz. Antisemitismus hat bei uns keinen Platz!

Gleichzeitig ist für die Landesregierung aber auch klar, dass der wichtige Kampf gegen Antisemitismus niemals eine Legitimation für antimuslimischen Rassismus sein darf. Die Landesregierung unterhält derzeit keine vertraglichen Kooperationen mit den islamischen Religionsgemeinschaften. Die schon seit zehn Jahren geführten Gespräche zwischen der Landesregierung und Musliminnen und Muslimen – sei es im Rahmen von Zielvereinbarungen oder am Runden Tisch Islam – sieht die Landesregierung als eine wichtige Aufgabe an, da es um die Gestaltung von Politik für alle Menschen in Rheinland-Pfalz Politik geht.

Und in Artikel 140 Grundgesetz in Verbindung mit Artikel 137 Absatz 3 der Weimarer Reichsverfassung steht sehr klar, dass der Staat bestimmte Bereiche, die sogenannten „res mixtae“ nicht alleine regeln kann, sondern dass er sich dazu mit Religionsgemeinschaften abstimmen muss. Diese res mixtae umfassen beispielsweise den Religionsunterricht oder auch die Theologien an Universitäten oder die Seelsorge in Einrichtungen wie Krankenhäusern oder Justizvollzugsanstalten.

Die Landesregierung unterhält diese Art der Kooperationen im Bereich der res mixtae bereits mit den beiden Kirchen, den jüdischen Gemeinden in Rheinland-Pfalz oder auch mit der Alevitischen Gemeinde Deutschlands. Die Landesregierung führt seit 2013 Gespräche mit islamischen Verbänden, um zu klären, ob es unter diesen geeignete Partner gibt, um die res mixtae auch für über 200.000 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer muslimischen Glaubens rechtlich sauber zu regeln. Seit dem 1. Juni dieses Jahres führen wir nun Vertragsverhandlungen mit den islamischen Religionsgemeinschaften.

Neben den vertraglichen Fragen im eigentlichen Sinn sprechen wir selbstverständlich auch über die gemeinsamen Wertegrundlagen, die wir bereits in den Zielvereinbarungen, aber auch in den derzeitigen Rahmenvereinbarungen festgehalten haben. Zu diesen Wertegrundlagen gehört natürlich auch der entschiedene Kampf gegen Antisemitismus.

Wir lassen dabei unsere Partner nicht aus der Pflicht, ganz im Gegenteil: Alle vier islamischen Religionsgemeinschaften, mit denen wir im Gespräch sind, haben sich zu den terroristischen Angriffen der Hamas auf Israel verhalten. Sie haben klargemacht, dass sie an der Seite der Zivilbevölkerung stehen und an der Seite der Jüdinnen und Juden, auch hier in Rheinland-Pfalz. Dass dies nicht nur reine Lippenbekenntnisse sind, sehen wir an der Freundschaft zwischen dem Landesverband der jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz mit den islamischen Religionsgemeinschaften. Gegenseitige Einladungen zu religiösen Feierlichkeiten, gemeinsame Veranstaltungen wie das Gedenken zum Erdbeben in der Türkei oder der enge Austausch zur Lage im Nahen Osten zeigen, dass die Religionsgemeinschaften hier in Rheinland-Pfalz selbstständig das füllen, wüber wir in Deutschland lange debattieren.

Gleichzeitig wissen wir, dass es offenen Antisemitismus, ja Hass auf Juden gibt: Wir sehen es auf den Demonstrationen, die sich den Anschein geben, für die palästinensische Zivilbevölkerung zu sprechen, die aber eben nicht differenzieren zwischen Hamas und Palästina. Die Landesregierung ist hier sehr klar: Alles berechnigte Mitleid für die palästinensische Bevölkerung in ihrem unermesslichen Leid rechtfertigt keinen Antisemitismus. Weder religiös noch politisch motiviert.

Wir werden weiterhin sehr genau beobachten, mit wem wir als Landesregierung Gespräche führen. Klar ist für uns aber: Wir machen keine Unterschiede zwischen den Religionsgemeinschaften – aus rechtlichen Gründen und aus gesellschaftspolitischen Gründen. Wer muslimischen Glaubens ist, hat in Rheinland-Pfalz das gleiche Recht auf Anerkennung seiner Religion wie jemand, der christlichen oder jüdischen Glaubens ist. Und klar ist: Wir kooperieren nur mit dem, der mit uns gemeinsam gegen Antisemitismus streitet.